

Die bayerische Wirtschaft

vbw

Halbjahresbericht 2/2022

www.vbw-bayern.de

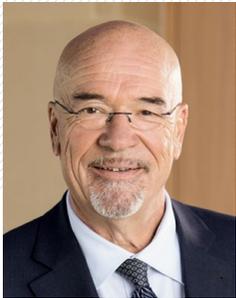
Berichtszeitraum

**Mai 2022 bis
Oktober 2022**

Editorial	02
Die wirtschaftliche Lage in Bayern	03
Im Brennpunkt Energieversorgung	05
Sonderthema Geopolitische Herausforderungen	06
Energiekrise So werden Privatpersonen und Unternehmen entlastet	08
Soziales Vorhaben der Bundesregierung	09
Update Tarifpolitik	10
Neues aus den Verbänden	11
In den Medien	14
Aus den Regionen	15
vbw Gremium	17
Impressum	18

Editorial

Unterhaken im Krisensturm



Wolfram Hatz
Präsident



Bertram Brossardt
Hauptgeschäftsführer

Ein gewaltiger Krisen-Orkan fegt über unser Land hinweg

Er ist deshalb so stark, weil er sich aus mehreren Stürmen speist, die gleichzeitig toben. Die vbw ist nicht für Alarmismus bekannt und wir wollen auch jetzt nicht dramatisieren, aber die Lage ist sehr ernst: Die größte Energiekrise seit dem Zweiten Weltkrieg trifft die Unternehmen im Freistaat mit voller Wucht. Wenn die horrende Inflation nicht bald sinkt, kann die für 2023 zu erwartende Rezession sogar bis ins Jahr 2024 reichen. Neben den explodierenden Kosten für Energie und Rohstoffe und dem Mangel an Arbeitskräften müssen die bayerischen Betriebe die Coronakrise, eine Versorgungskrise und den klimaneutralen Umbau der Wirtschaft stemmen.

Was aber ist zu tun, um den mächtigen Böen des Krisensturms standzuhalten? Als Bayerische Wirtschaft meinen wir: Wenn der raue Wind von vorne bläst, hilft es nur, sich unterzuhaken. Insbesondere Politik und Wirtschaft müssen jetzt an einem Strang ziehen und alle Hebel in Bewegung setzen, damit wir aus der Krise kommen.

Das heißt aus unserer Sicht vor allem dreierlei: Wir müssen so viel Energie wie möglich einsparen – das gilt für Unternehmen, die bereits viel eingespart haben, ebenso wie für die Haushalte. Zudem ist es notwendig, alle verfügbaren Energieträger zu nutzen – also auch die Kernkraftwerke, und zwar über das Frühjahr 2023 hinaus. Schließlich müssen wir die Strom- und Gaspreise schleunigst senken. Gas- und Energiepreisbremse müssen tatsächlich in Form von niedrigeren Preisen bei Unternehmen und Bürger*innen ankommen.

Zusammenstehen müssen jetzt auch die Tarifpartner, etwa in der bayerischen Metall- und Elektroindustrie. Die IG Metall muss sich in der laufenden Tarifrunde ihrer Verantwortung für den Wirtschaftsstandort bewusst werden und von ihren exorbitanten Lohnforderungen Abstand nehmen.

Es geht jetzt nicht um Parteiendenken und Partikularinteressen. Es geht um unsere Heimat, es geht um unser Land! Nur gemeinsam können wir dem Sturm trotzen, und zu dieser Gemeinsamkeit sind wir alle aufgerufen.

Wolfram Hatz
Präsident

Bertram Brossardt
Hauptgeschäftsführer



Die wirtschaftliche Lage in Bayern

Die wirtschaftliche Lage im Freistaat hat sich im Sommer spürbar eingetrübt, die bayerische Wirtschaft ist auf dem Weg in die Rezession.

Im ersten Halbjahr stieg das bayerische Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vorjahr um 2,9 Prozent und damit minimal stärker als bundesweit mit 2,8 Prozent. Diese Zuwächse müssen aber vor dem Hintergrund des schwachen Vergleichszeitraums gesehen werden, der noch von coronabedingten Einschränkungen geprägt war. Bis Herbst hat sich die Konjunktur erheblich abgeschwächt.

„Die Energiepreiskrise hat sich zu einer dauerhaften und kräftezehrenden Belastungsprobe für unsere Wirtschaft entwickelt.“

Bertram Brossardt
Hauptgeschäftsführer vbw

Die massiven Kosten- und Preissteigerungen, vor allem bei der Energie, belasten Unternehmen und Verbraucher erheblich. Mit 10 Prozent erreichte die Inflationsrate im September den höchsten Wert seit 70 Jahren. Dies reduziert die Kaufkraft und belastet in der Folge den Handel und die konsumnahen Dienstleistungsbereiche, die zusätzlich unter den hohen Energiepreisen leiden.

Auch auf die Baukonjunktur wirken sich die Preissteigerungen bei Energie und Materialien negativ aus. Zudem geht die Baunachfrage angesichts der Inflation und der steigenden Hypothekenzinsen zurück. Die Industrie leidet neben den Kostensteigerungen weiterhin unter Lieferengpässen und Materialmangel. Allerdings beginnt sich das Angebotsproblem allmählich zu einem Nachfrageproblem zu wandeln. Die Auftragseingänge gehen zurück, gleichzeitig gibt es vermehrt Meldungen über Auftragsverschiebungen, -kürzungen oder Stornierungen.

Im dritten Quartal konnte die Wirtschaftsleistung in Deutschland nochmal um 0,3 Prozent ausgeweitet werden, in den kommenden Quartalen wird die gesamtwirtschaftliche Produktion zurückgehen. Für 2023 gehen inzwischen alle Experten von einer Rezession im Jahresdurchschnitt aus.

Die Energiekrise bremst aber nicht nur die Konjunktur, sondern bedroht unseren Wirtschaftsstandort langfristig. Das hohe Energiepreisniveau und die unsichere Versor-



gungslage veranlasst immer mehr Unternehmen, konkret über Produktionsstilllegungen und Verlagerungen nachzudenken. Bayerns wirtschaftliche Stärke fußt auf der Breite der Wertschöpfungskette und dem Verbund der tragenden Säulen Industrie, Handwerk und Dienstleistungen. Wenn auch nur Teile dieser Wertschöpfungskette wegfallen, drohen Dominoeffekte und das Wegbrechen weiterer Branchen und Sektoren.

Inflationsrate Deutschland

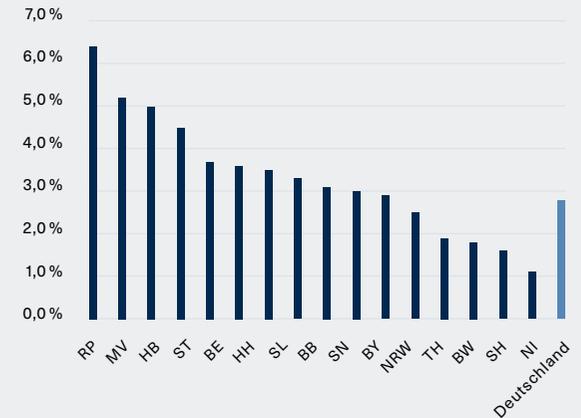
Veränderung der Verbraucherpreise gegenüber Vorjahr



Quelle: Statistisches Bundesamt

Wachstum im ersten Halbjahr 2022

Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts gegenüber Vorjahr



Quelle: VGR der Länder



Im Brennpunkt

Energie- versorgung



Der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine hat eine gewaltige Energiekrise ausgelöst. Sie trifft Europa, Deutschland und Bayern mit voller Wucht. Beide Nord-Stream-Pipelines wurden mutmaßlich durch einen Sabotageakt zerstört. Auch über andere Erdgasleitungen fließt kein russisches Erdgas mehr nach Deutschland. Zwar sind die deutschen Gasspeicher mit über 90 Prozent gut gefüllt und es wurden erhebliche Anstrengungen unternommen, um alternative Bezugsquellen zu erschließen, es besteht aber nach wie vor die Gefahr einer Unterversorgung im kommenden Winter. Die Folge wären massive Schäden in der gesamten Wertschöpfungskette. Es drohen Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit und ein dauerhafter Verlust industrieller Strukturen.

Die Energiekrise manifestiert sich jedoch nicht nur in einer prekären Versorgungslage, sondern auch in exorbitant gestiegenen Energiepreisen. Die Preise für Erdgas lagen zeitweise bei über 300 Euro pro Megawattstunde. Als Folge der hohen Gaspreise sind auch die Strompreise auf den europäischen Strommärkten explodiert. Das Angebotsproblem auf den Strommärkten, das durch dauerhafte Probleme im französischen Kernkraftwerkspark ausgelöst wurde, hat diese Entwicklung noch befeuert.

Die Industrie hat ihren Erdgasverbrauch mittlerweile deutlich reduziert und spart auch beim Strom.

Um dies zu erreichen, wurden erhebliche Anstrengungen unternommen, die es fortzusetzen und zu intensivieren gilt. Auch in anderen Bereichen, vor allem bei den privaten Haushalten, müssen ähnlich umfangreiche Einsparungen realisiert werden, damit die Versorgungssicherheit gewährleistet bleibt. Zudem muss die Gasverstromung auf ein Minimum zurückgeführt werden.

Um das Stromsystem stabil zu halten, müssen Kohlekraftwerke schnell reaktiviert und die noch laufenden deutschen Kernkraftwerke weiter betrieben werden. Die

„Je mehr wir einsparen, desto geringer steigen die Energiepreise und desto eher können wir Versorgungsengpässe vermeiden.“

Bertram Brossardt

Hauptgeschäftsführer vbw

Strom- und Gaspreise müssen schnell und wirkungsvoll gedämpft werden – nicht nur für die privaten Haushalte und KMUs, sondern auch für die Industrie. Die getroffenen Beschlüsse müssen umgehend und wirkungsvoll umgesetzt werden. Zusätzlich müssen Stromsteuer, Energiesteuern und nationaler CO₂-Preis abgesenkt beziehungsweise ausgesetzt werden. Bei allen Maßnahmen gilt es, möglichst wenig in das Marktgeschehen einzugreifen und Anreize zum Energiesparen nicht zu unterlaufen.

Die aktuelle Energiekrise darf unseren Blick auf die langfristigen Ziele nicht verstellen. Um die Klimaziele zu erreichen und uns von fossilen Energieträgern unabhängig zu machen, ist eine gewaltige Transformation erforderlich. Die erneuerbaren Energien und die Stromnetze müssen schnell und konsequent ausgebaut werden. Auch eine Wasserstoffwirtschaft muss zügig aufgebaut werden. Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen beschleunigt, die Akzeptanz in der Bevölkerung für Energieinfrastrukturen erhöht werden.

Das Energiesystem der Zukunft muss dabei immer im europäischen Kontext gesehen werden. Jedes Land muss zwar seine Hausaufgaben machen, nationale Maßnahmen allein genügen jedoch nicht, um Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Nachhaltigkeit des Energiesystems dauerhaft zu gewährleisten. Der europäische Energiebinnenmarkt muss deswegen weiter vertieft und das europäische Leitungsnetz schneller ausgebaut werden.

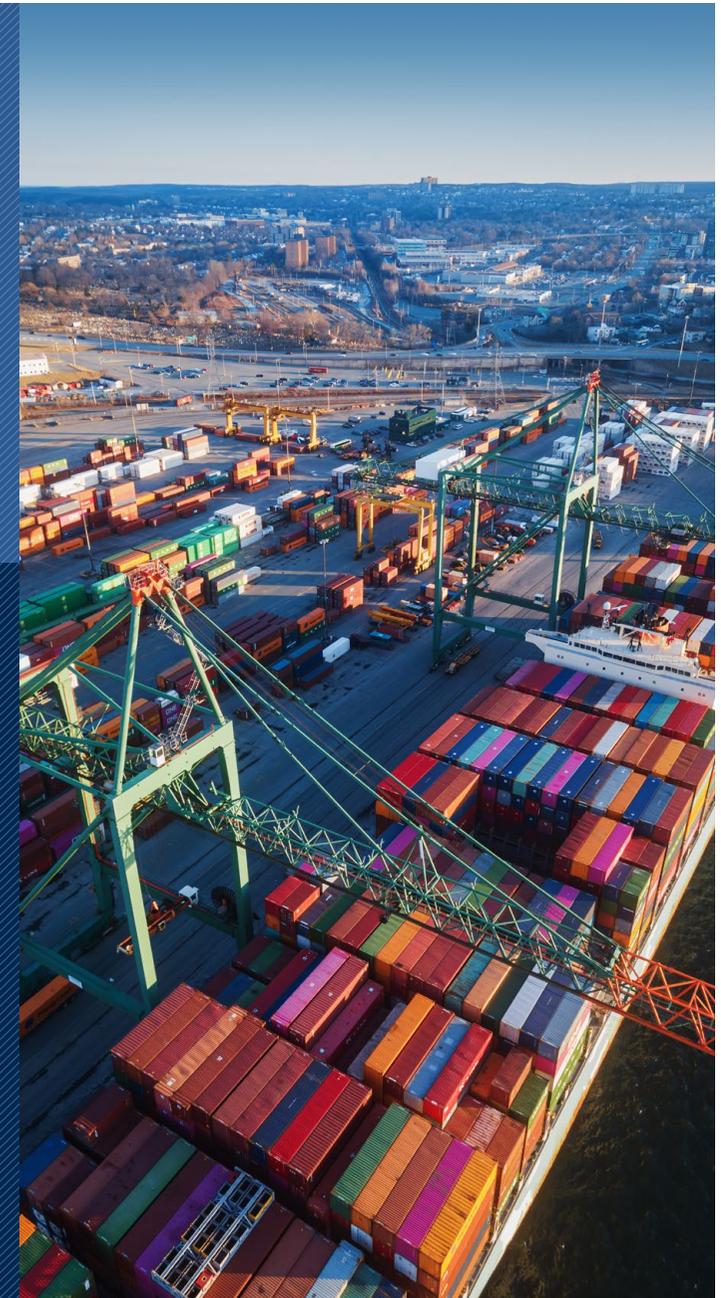
Sonderthema

Geopolitische Herausforderungen

und deren Auswirkung auf die Wirtschaft

Nicht nur die politische, auch die ökonomische Weltordnung ist in Bewegung geraten. Die Corona-Pandemie und der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine haben Schwachstellen unseres Wirtschaftsmodells aufgezeigt, insbesondere die Anfälligkeiten unserer Lieferketten.

Vor diesem Hintergrund steht unser auf Außenhandel und Internationalisierung der Wertschöpfungsketten ausgerichtetes Geschäftsmodell in der Diskussion. Doch eine Abkehr von der Globalisierung wäre der falsche Schluss. Notwendig ist eine neue Abwägung zwischen Kosteneffizienz auf der einen und Versorgungssicherheit auf der anderen Seite. Wir müssen unsere Außenhandelsstrategie neu austarieren, aber wir dürfen sie nicht über Bord werfen.

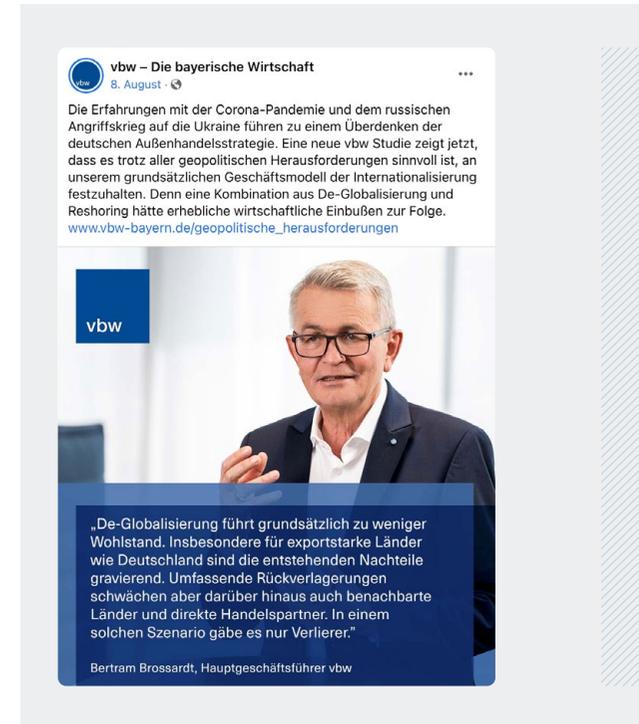


Der Verzicht auf globale Lieferketten führt zu enormen Wohlfahrtsverlusten.

De-Globalisierungsstrategien oder gar eine Re-Nationalisierung von Wertschöpfung führen zu erheblichen Wachstums- und Wohlstandseinbußen. Dies belegt eine vom ifo-Institut erarbeitete vbw Studie, die verschiedene Szenarien analysiert hat. Jede Form von De-Globalisierung führt zu ökonomischen Verlusten. Besonders groß wären diese im Falle von Re-Shoring oder Near-Shoring – also dem Rückverlagern unserer Produktion ins Inland oder in benachbarte Staaten.

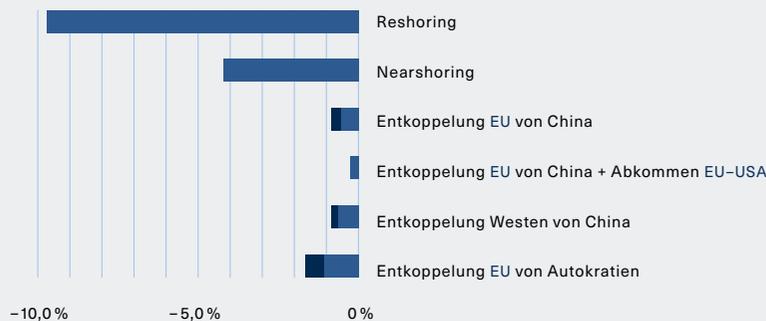
Entscheidend ist, einseitige Abhängigkeiten zu vermeiden – dies gilt auf volkswirtschaftlicher ebenso wie auf Unternehmensebene. Dies erfordert eine stärkere Diversifizierung, sowohl was Lieferketten als auch Absatzmärkte betrifft. In der Konsequenz bedeutet dies mehr statt weniger Globalisierung.

Vor allem viele wichtige Rohstoffe sind stark auf sogenannte Risikoländer konzentriert. Insbesondere in autokratischen Staaten besteht stets die Gefahr einer strategischen Angebotsverknappung, gerade in Zeiten zunehmender handelspolitischer Unsicherheit und sicherheitspolitischer Konfrontationen. Während sowohl die europäische als auch die nationale Rohstoffstrategie zurecht auf einen freien und fairen Welthandel mit gleichen Wettbewerbsbedingungen abzielen, muss gleichzeitig intensiv an Lösungen gearbeitet werden, die Abhängigkeiten verringern. Wichtigste Ansatzpunkte sind die Diversifizierung der Rohstoffimporte, der Ausbau heimischer Rohstoffquellen sowie die intensivere Nutzung von Sekundärrohstoffen durch Recycling und Kreislaufwirtschaft.



Ergebnisse der Szenariorechnungen:

Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts bei einer Rückverlagerung der Produktion nach Deutschland



Quelle: vbw Studie „Geopolitische Herausforderungen und ihre Folgen für das deutsche Wirtschaftsmodell“



Die im Auftrag der vbw vom ifo-Institut erstellte Studie „Geopolitische Herausforderungen und ihre Folgen für das deutsche Wirtschaftsmodell“ steht Ihnen online zum Download zur Verfügung.

→ www.vbw-bayern.de/SGHFW



Weitere Informationen und Services rund ums das Thema Auslandsmärkte + Export finden Sie auf unserer Website.

→ www.vbw-bayern.de/AUW01

Die Wahl verlässlicher und stabiler Handelspartner ist grundsätzlicher Teil der Neu-Austrarierung unserer Außenhandelsstrategie. Wir sollten unsere Wirtschaftsbeziehungen zu gleichgesinnten Staaten und Volkswirtschaften vertiefen. Durch Handels- oder Partnerschaftsabkommen kann die Politik Anreize für Unternehmen schaffen, den Austausch mit diesen Regionen zu intensivieren. Wir müssen aber auch so ehrlich sein, dass wir es uns nicht leisten können, nur mit Demokratien Wirtschaftsbeziehungen zu unterhalten.

Fakt ist und bleibt, dass grenzüberschreitender Handel und internationale Arbeitsteilung Produktivität und Effizienz steigern und somit wohlfahrtssteigernd sind. Gerade Deutschland und Bayern mit einer großen und starken Industrie auf der einen und dem vergleichsweise kleinen Binnenmarkt auf der anderen Seite sind auf Außenhandel und Internationalisierung angewiesen.



Energiekrise

So werden Privatpersonen und Unternehmen entlastet

Die Energiekrise stellt unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft vor riesige Herausforderungen. Die hohen Preise für Strom, Gas und Öl sind für viele Bürger*innen und Unternehmen eine existenzielle Bedrohung.

Die Bundesregierung hat bisher eine ganze Reihe von Entlastungen beschlossen. Die meisten dieser Maßnahmen richten sich an die privaten Verbraucher*innen. Beispiele für Entlastungen sind etwa die Energiepreispauschale für alle steuerpflichtigen Erwerbstätigen und Rentner*innen in Höhe von 300 Euro, eine einmalige Zahlung an Grundsicherungsempfänger und Studierende in Höhe von 200 Euro, steuerliche Entlastungen durch Anhebung des Arbeitnehmerpauschbetrags, des Grundfreibetrags und der Pendlerpauschale. Zudem ist für Bedürftige ein einmaliger Heizkostenzuschuss, die Ausweitung des Wohngeldanspruchs, die Anhebung des Kindergeldes sowie die Senkung der Umsatzsteuer für Gas auf sieben Prozent beschlossen worden. Nicht zu vergessen sind auch der dreimonatige Tankrabatt, das 9-Euro-Ticket sowie der angekündigte Abbau der kalten Progression.

Auf den Weg gebracht worden sind auch Entlastungen für die Unternehmen, auch wenn diese bisher nicht im gleichen Maße im Fokus standen wie die Hilfen für die Privathaushalte. So profitieren die Unternehmen vom Wegfall der EEG-Umlage, der geplanten Verlängerung des Spitzenausgleichs bei der Stromsteuer, der Verschiebung der CO₂-Bepreisung sowie der geplanten Bezuschussung der Netzentgelte ab 01. Januar 2022. Zudem hat die Politik ein „Energiekostendämpfungsprogramm“ aufgelegt, mit dem Unternehmen, die unter stark gestiegenen Energiepreisen leiden, Zuschüsse erhalten können. Das Programm ist aber leider sehr strikt und bürokratisch und ist daher bislang kaum in Anspruch genommen worden. Zudem hat die KfW neue Kredit- und Bürgschaftsprogramme aufgelegt. Beschlossene Sache ist auch, dass – zur Vermeidung der Lohn-Preis-Spirale – tarifpolitisch eine steuer- und abgabenfreie Einmalzahlung in Höhe von 3.000 Euro an die Beschäftigten vereinbart werden kann.

Inzwischen steht aus Sicht der Bundesregierung fest, dass das alles am Ende nicht genügt, um Verbraucher*innen und Unternehmen ausreichend zu entlasten. Ende September hat die Ampel-Koalition daher den „Abwehrschirm gegen die Folgen des russischen Angriffskrieges“ beschlossen. Vorgesehen ist demnach unter anderem die Einführung einer Strom- und Gaspreisbremse für Verbrau-

„Die Betriebe brauchen unkomplizierte Hilfen, die rasch spürbar bei ihnen ankommen.“

Bertram Brossardt
Hauptgeschäftsführer vbw

cher*innen und Unternehmen. Da das voraussichtlich sehr teuer ist, wird durch die Reaktivierung und Neuausrichtung des Wirtschaftstabilisierungsfonds die Möglichkeit geschaffen, dass die öffentliche Hand dafür Kredite in Höhe von 200 Milliarden Euro aufnehmen kann.

Fest steht: Die vom Bund angekündigten Maßnahmen zur Strom- und Gaspreissenkung müssen jetzt sofort umgesetzt werden und tatsächlich schnell zu einer spürbaren Preissenkung führen.





Soziales

Vorhaben der Bundesregierung

Die Bundesregierung hat sich auf eine grundlegende Reform der bestehenden Grundsicherung für Arbeitssuchende geeinigt. Das Hartz-IV-System wird durch die Einführung eines Bürgergeldes abgelöst.

Die geplanten Neuregelungen sind abzulehnen und würden eine deutliche Abkehr vom Prinzip des aktivierenden Sozialstaats darstellen. Das Bürgergeld setzt Fehlanreize, die die Integration in Arbeit erschweren. So soll der Vermittlungsvorrang entfallen und der bisherige Eingliederungsplan wird durch eine Kooperationsvereinbarung ersetzt. Die Sanktionsmöglichkeiten der Jobcenter bei Pflichtverletzungen werden erheblich eingeschränkt. Während einer sechsmonatigen Vertrauenszeit sind Leistungsminderungen ausgeschlossen. In den ersten zwei Jahren wird auf die Prüfung der Angemessenheit der Wohnung verzichtet, ebenso entfällt in diesem Zeitraum faktisch die Vermögensprüfung.

Mit dem Bürgergeld kommt es zum Einstieg in ein bedingungsloses Grundeinkommen. Weder wird die Eigenverantwortung gestärkt noch orientiert sich die Leistung an der Bedürftigkeit. Durch das Aussetzen der Vermögensprüfung und die Überprüfung der Angemessenheit der Wohnung besteht die reale Gefahr, dass Menschen über den Bezug des Bürgergeldes bessergestellt werden, als wenn sie einer Beschäftigung nachgingen. Gerade in der aktuellen Situation, in der private Haushalte von drastisch steigenden Lebenshaltungskosten betroffen sind, würde so das Prinzip, dass sich Leistung lohnen muss, untergraben.

„In einer Zeit, in der neben Fachkräftengpässen gleichzeitig Arbeitslosigkeit droht, brauchen wir mehr Effektivität in der Vermittlung, nicht weniger.“

Bertram Brossardt
Hauptgeschäftsführer vbw

Besonders kritisch zu beurteilen ist, dass die Arbeitsmarkterfolge im Zuge der Hartz-IV-Reformen gefährdet werden. Die Zahl der erwerbsfähigen Leistungsbeziehenden im SGB II konnte seit dem Jahr 2006 um über 1,5 Millionen Personen reduziert werden. Allein über die letzten zehn Jahre war ein Rückgang von über einer Million zu verzeichnen.

Auch mit Blick auf die Höchststände an offenen Stellen muss der Fokus auf die Integration in Arbeit gelegt werden. Unabhängig von der derzeit schwierigen konjunkturellen Lage wird in Deutschland das Erwerbspersonenpotenzial bis zum Jahr 2035 um bis zu elf Prozent sinken, in Bayern erwarten wir einen Rückgang von neun Prozent bzw. 700.000 Erwerbspersonen. Ein Bürgergeld, das weniger auf Vermittlung als auf bedingungslose Unterstützung setzt, passt nicht in Zeiten, in denen wir alle Hebel nutzen müssen, um verbliebene Erwerbspersonenpotenziale zu heben.

Ein wichtiger Ansatzpunkt ist hierbei die berufliche Qualifizierung. Richtigerweise sollen mit der Einführung des Bürgergeldes auch die Optionen, einen Berufsabschluss nachzuholen, gestärkt werden. Wichtig ist hierbei jedoch, dass die Weiterbildung zielgerichtet und an den Bedürfnissen des Arbeitsmarkts ausgerichtet erfolgt. Ein „Parken“ in Qualifizierungsmaßnahmen ist zu verhindern.

Kontraproduktiv für die Fachkräftesicherung ist hingegen, dass mit der Einführung des Bürgergeldes nicht die Chancen genutzt wurden, die Arbeitsmarktpotenziale von Frauen und Älteren im Leistungsbezug gezielt zu heben. Gerade mit Blick auf Ältere werden sogar Fehlanreize gesetzt, die dazu verleiten, früher aus dem Erwerbsleben auszusteigen.

Aus unseren Social-Media-Kanälen

vbw – Die bayerische Wirtschaft
9. September · 🌐

Geplanter Kabinettsbeschluss zur Ausgestaltung des Bürgergeldes: Die bayerische Wirtschaft bewertet die Pläne der Bundesregierung kritisch. Das neue Transfersystem setzt Anreize für eine dauerhafte Alimentierung. Mehr dazu: <https://fclid.ly/v70lhd7>

#Bürgergeld

“Das Bürgergeld in dieser Form trägt nicht dazu bei, Langzeitarbeitslosigkeit zu reduzieren und Menschen nachhaltig in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Es ist ein Bremsklotz für zukünftige Arbeitsmarktintegration.”

Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer vbw



Update

Tarifpolitik

Tarifverträge sind nach wie vor für die Bestimmung der Arbeitsbedingungen in Deutschland maßgebend. Insgesamt verhandeln die Tarifpartner der einzelnen Branchen im Jahr 2022 für knapp 10 Millionen Beschäftigte neue Vergütungstarifverträge. Selten war die Lage der Unternehmen so heterogen und die Verunsicherung so groß wie in diesen Zeiten: Der Russland-Ukraine-Krieg, die Inflation und explodierende Energiepreise, die Gefahr einer Gas-Mangellage, Lieferengpässe und akuter Materialmangel sowie die weiter schwelende Corona-Pandemie bei gleichzeitig laufenden Veränderungsprozessen in den Betrieben. So haben zum Beispiel die Tarifparteien der chemischen Industrie am 18. Oktober 2022 eine Tarifeinigung für 20 Monate erzielt, die eine Inflationsausgleichsprämie in Summe von 3.000 Euro sowie zwei Tabellenerhöhungen in Summe von 6,5 Prozent beinhaltet.

Alle Überlegungen, die Tarifbindung mit staatlichen Zwangsmaßnahmen künstlich stärken zu wollen, sind der falsche Ansatz. Denn eine funktionierende Tarifautonomie braucht weniger, nicht mehr staatliche Eingriffe.

M+E Tarifrunde 2022

Die Metall- und Elektroindustrie in Bayern mit ihren 855.000 Beschäftigten ist Leitindustrie und muss auch branchenübergreifend Beachtung finden. Die Breite der M+E Unternehmen berichtet von zeitlich verschobenen oder reduzierten Aufträgen und rückläufigen Erträgen. Wirtschaftsinstitute senken im Wochenrhythmus ihre Konjunkturprognosen. Die IG Metall fordert 8 Prozent Entgelterhöhung.

Aufgrund der aktuellen Krisen und der Unterschiedlichkeit der M+E Betriebe brauchen wir elastische, automatisch differenzierbare Lösungen. Der vbw hat diese Themen sowie die Sicherung der Kapazitäten im Hinblick auf den Fach- und Arbeitskräftemangel in die Verhandlungen eingebracht. Insgesamt benötigen wir einen Überlastungs- / Überforderungsschutz für die Betriebe.

Die Verhandlungsführerin Angelique Renkhoff-Mücke unterbreitete in der 3. Tarifverhandlung am 27. Oktober 2022 das folgende, im tarifpolitischen Vorstand bei Gesamtmetall abgestimmte Arbeitgeberangebot:

- Zahlung einer steuer- und beitragsfreien Inflationsausgleichsprämie in Höhe von 3.000 Euro innerhalb einer dreißigmonatigen Laufzeit des Tarifvertrages
- Zusätzlich stellen wir eine Tabellenerhöhung während dieser Laufzeit in Aussicht.
- Die Festlegung der Auszahlungszeitpunkte und der jeweiligen Höhe der Einmalzahlungen als auch die Festlegung des Zeitpunktes und der Höhe der Tabellenerhöhung obliegt den weiteren Verhandlungen und muss der Liquidität und der Belastungsfähigkeit der Unternehmen Rechnung tragen.
- Wir binden dieses Angebot an die Vereinbarung einer dauerhaften, automatischen Differenzierung.
- Ferner soll die Möglichkeit für die betriebliche Vereinbarung einer Variabilisierung geschaffen werden.
- Wir brauchen zudem eine Verständigung über einen Prozess, wie wir auf eine Energienotlage während der Laufzeit des Tarifvertrages reagieren.
- Dieses Angebot steht unter dem Vorbehalt einer Gesamteinigung.

www.metalltarifrunde2022.de

Balance halten
Tarifrunde Bayern 2022

Es muss für alle passen
Bezahlbare Entgelte. Elastische Lösungen. Beschäftigung sichern.

Die bayerische M+E Industrie bietet 855.000 Beschäftigten elastische Arbeitsplätze und mit durchschnittlich über 65.000 Euro ein Jahresentgelt auf Spitzenniveau. Jetzt müssen wir aufpassen, den Wohlstand der vergangenen Jahrzehnte nicht auf Späße zu setzen. Wir treten für den Erhalt der Arbeitsplätze ein und müssen auch bei hoher Inflation auf bezahlbare Entgelte achten. Aufgrund der aktuellen Krisen und der Unterschiedlichkeit der M+E Betriebe brauchen wir elastische, automatisch differenzierbare Lösungen.

Unsichere Zeiten mit hohen Risiken

Selten war die Lage der M+E Unternehmen so heterogen und die Verunsicherung so groß wie in diesen Zeiten. Der Russland-Ukraine-Krieg, die Inflation und explodierende Energiepreise, die Gefahr einer Gas-Verengungslücke, Lieferengpässe und akuter Materialmangel sowie die weiter schwelende Corona-Pandemie bei der gleichzeitig laufenden Transformationsprozessen gefährden die Zukunft des Anr. Standorts Bayern. Unter diesem Vorzeichen ist der Fortengungsbeschluss der IG Metall Bayern deutlich überlegen und nicht situationsgerecht.

Hohes Inflation + negative Erwartungen
Hohe Energiekosten + Gasversorgung
Lieferengpässe + Rohstoffmangel
Laufende Transformation
Corona-Pandemie noch nicht vorbei

Hohes Inflation + negative Erwartungen
Auch 2022 ist ein schwieriges Jahr für die bayerische M+E Industrie. Die Produktion müsste um mehr als 1% wachsen, um das Vorjahresniveau von 2019 zu erreichen. Schon heute stellt sich die Gefahr im Hinblick auf den Ukraine-Krieg und der Half-Cover-Politik China nicht zu unterschätzen.

- Inflation = Arbeitskosten auf Rekordniveau
- Kosten steigen schneller als Erlöse
- Finanzial Basis der M+E Betriebe stark belastet
- Erwartungen im negativen Bereich

Mehr erfahren →

#RealitätsCheck

+9,3 % So stark sind die tariflichen Entgelte in der bayerischen M+E Industrie seit 2019	+20 bis +30 % und die Kosten beim Einkauf für Unternehmen im Vergleich zum Vorjahr gestiegen	65.280 € Springer 2022 das durchschnittliche tarifliche Entgelt in der bayerischen M+E Industrie	rund 2/3 über M+E Betriebe in Bayern müssen ihre Produktion ausbauen oder umstellen
---	---	---	--

Gut zu wissen

Updates zur Tarifrunde 2022

06.10.2022 Pressemitteilung zur zweiten Tarifverhandlung in der bayerischen M+E Industrie
Zweite Verhandlung: Differenzen weiterhin enorm. Brossen ist: „Größe Unterschiede bei der Bewertung der wirtschaftlichen Lage kleiner“ →

15.09.2022 Pressemitteilung zur ersten Tarifverhandlung in der bayerischen M+E Industrie
Keine Annäherung über konstruktiver Austausch Renkhoff-Mücke: „M+E Industrie drückt aufgrund aktueller Krisen die Ressourcen“ →

Zur Website
Tarifrunde Bayern 2022
→ www.metalltarifrunde2022.de

Neues aus den Verbänden

Bayerisches Wirtschaftsgespräch mit Vizekanzler und Bundesminister Dr. Robert Habeck MdB

Am 06. Juli 2022 war Vizekanzler und Bundesminister Dr. Robert Habeck MdB Gast beim Bayerischen Wirtschaftsgespräch mit rund 300 Teilnehmenden und über 150 Online-Gästen in der Wappenhalle in München. Diskutiert wurden die aktuelle weltwirtschaftliche Situation vor dem Hintergrund der massiven wirtschaftspolitischen Veränderungen und die daraus folgenden globalen Auswirkungen. vbw Präsident Wolfram Hatz ging insbesondere auf die großen energiepolitischen Aufgaben ein und betonte, dass die hohen Energiekosten und die unsichere Erdgas-Versorgung die Wirtschaft enorm belasten.



vbw Präsident Wolfram Hatz mit Vizekanzler und Bundesminister Dr. Robert Habeck MdB beim Bayerischen Wirtschaftsgespräch

Bayerisches Wirtschaftsgespräch mit der Vorstandsvorsitzenden der Bundesagentur für Arbeit, Andrea Nahles

Andrea Nahles ist seit dem 01. August 2022 Vorsitzende des Vorstands der Bundesagentur für Arbeit. Von 2020 bis 2022 war sie Präsidentin der Bundesanstalt für Telekommunikation. Zuvor war sie in verschiedenen hochrangigen politischen Positionen, unter anderem von 2013 bis 2017 als Bundesministerin für Arbeit und Soziales, tätig.

Diskutiert wurden die arbeitsmarktpolitischen Herausforderungen, eine zielgerichtete Arbeits- und Fachkräftesicherung sowie die Weiterentwicklung der Berufs- und Studienorientierung. vbw Präsident Wolfram Hatz sieht in der Robustheit des Arbeitsmarkts derzeit einen stabilisierenden Faktor. Er verdeutlichte, dass die Fachkräftesicherung weiterverfolgt werden muss und mehr Zuwanderung von Fachkräften aus dem Ausland erforderlich ist. Außerdem müssen die Berufsorientierungstools der Bundesagentur ständig weiterentwickelt werden. Die Agenturchefin Andrea Nahles führte aus: „Die Bundesagentur für Arbeit möchte vor allem als Drehscheibe fungieren, neben der Vermittlung, Beratung und Förderung von Qualifizierungsmaßnahmen. Wir sehen uns in der Verantwortung, die verschiedenen Akteure am Arbeitsmarkt zusammenzubringen.“



Andrea Nahles, Vorsitzende des Vorstands der Bundesagentur für Arbeit



vbw Präsident Wolfram Hatz erhält den Bayerischen Verdienstorden

„Verlässlichkeit und Geradlinigkeit sind die zwei Grundpfeiler von Wolfram Hatz. Seine niederbayerischen Wurzeln stehen auf einem klaren Wertefundament: Ehrlichkeit, Anstand, Bescheidenheit und Respekt machen ihn zu einem vbw Präsidenten, für den wir dankbar sind und der für uns Mitarbeiter der Verbände Vorbild ist“, sagte vbw Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt bei der Verleihung am 13. Oktober 2022 im Antiquarium der Münchner Residenz.

Wolfram Hatz hat die 1880 gegründete Motorenfabrik Hatz GmbH & Co. KG mit Sitz in Ruhstorf an der Rott viele Jahre als Geschäftsführer erfolgreich geleitet. Er ist heute Hauptgesellschafter des Unternehmens, Vorsitzender des Beirats und vertrieblicher Markenbotschafter. Seit Beginn seiner Tätigkeit bei der Hatz GmbH & Co. KG ist er ehrenamtlich für die bayerischen Arbeitgeberverbände tätig, unter anderem war er von 2004 bis 2019 Vizepräsident von bayme vbm. Seit 2019 steht er als Präsident an der Spitze von bayme vbm und vbw.

Roman Herzog Institut (RHI) feiert sein 20-jähriges Bestehen als interdisziplinärer Think Tank

Im Rahmen der Festveranstaltung gaben mehrere Impulsvorträge Einblicke in unterschiedliche wissenschaftliche Disziplinen von Ökonomie über Philosophie bis hin zu Künstlicher Intelligenz. In der Talkrunde diskutierten die geladenen Wissenschaftler*innen darüber, wie eine zeitgemäße Wissenschaftskommunikation gelingen und in der Breite der Bevölkerung mit ihren Argumenten überzeugen kann.

Joachim Gauck, Bundespräsident a.D., würdigte die Arbeit des RHI in einem Video-Grußwort: „Roman Herzog war ein Präsident des Zusammenwirkens und Zusammenwachsens und ein Mann der Ermutigung im Übergang von der Bonner auf die Berliner Republik. Er wollte selbstbewusste Bürgerinnen und Bürger und eine starke innergesellschaftliche Verständigung. Mit seinem Wirken stieß er Türen für neues Denken auf.“



v. l. n. r.: Brigitte Borrelli, Assistentin der Geschäftsführung RHI; Dr. Dr. Placidus Heider, Lehrbeauftragter für Philosophie, Universität Regensburg; Prof. Dr. Michael John Gorman, Gründungsdirektor Biotopia Naturkundemuseum Bayern; Prof. Dr. Neşe Sevsay-Tegethoff, Professorin für spez. Betriebswirtschaftslehre, Hochschule Esslingen; Prof. Randolph Rodenstock, Vorstandsvorsitzender RHI; Marion Gehlert, Chefredakteurin, münchen.tv; Dr. Martin Lang, Geschäftsführer RHI; Prof. Dr. Damian Borth, Professor für Artificial Intelligence and Machine Learning, Universität St. Gallen; Prof. Dr. Nils Goldschmidt, Professor für Kontextuale Ökonomik und ökonomische Bildung, Universität Siegen; Alois Glück, Landtagspräsident a. D.; Alfred Gaffal, Ehrenpräsident vbw; Tina Maier-Schneider, Wissenschaftliche Referentin RHI

vbw Studie „Extended Reality – Zukunftstechnologie mit breitem Anwendungsspektrum“

Extended Reality (XR)-Anwendungen bieten für kleine und mittelständische Unternehmen ungeahnte Möglichkeiten. Das ist ein Ergebnis der von der Universität der Bundeswehr München in Kooperation mit dem Verein XR Bavaria e.V. erstellten Studie, die die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. in Auftrag gegeben hat.

Unter XR fallen Technologien, die computergenerierte Umgebungen oder Objekte erstellen und damit die reale und virtuelle Welt miteinander verbinden. Während bei Virtual Reality (VR) die Nutzer komplett in einer virtuellen Welt agieren, bleibt bei der Augmented Reality (AR) die reale Welt sichtbar und wird durch digitale Inhalte, beispielsweise über Datenbrillen und Smartphones, erweitert. XR-Technologien bieten vielfältige Anwendungsmöglichkeiten: So können mithilfe digitaler Zwillinge maschinelle Prozesse simuliert oder Wartungsarbeiten vereinfacht werden. Virtuelle Aus- und Weiterbildungsinhalte steigern die Effizienz und senken gleichzeitig Kosten.

„Unser Anspruch muss es sein, die Technologie in die Breite zu tragen und das enorme ökonomische Potenzial von XR voll auszuschöpfen.“

Dazu muss nach Brossardts Worten auf verschiedenen Feldern angesetzt werden: „Wir brauchen insbesondere eine gezielte Förderung, einen breiten Wissenstransfer und gute Vorbilder“, erklärt Brossardt und ergänzt: „Auch die Rahmenbedingungen müssen stimmen: XR ist wie nahezu alle Bereiche der Digitalisierung von der Qualität der digitalen Infrastruktur abhängig. Außerdem müssen rechtliche Grauzonen, etwa im Bereich Datenschutz und Arbeitssicherheit, beseitigt werden.“

 **Studie zu Extended Reality**
→ vbw-bayern.de/SXTREA

Neue Publikationen auf vbw-bayern.de

In der vbw PublikationsDatenbank finden Sie kontinuierlich alle neuen Veröffentlichungen wie Studien und politische Positionen, unter anderem:

- Bildungsmonitor
- Industriestandort Bayern
- Studie Strompreisprognose
- vbw Index
- Studie zur Förderung von Gigabitnetzen in Bayern



vbw PublikationsDatenbank
→ vbw-bayern.de/VPUBDB

Erklärung von vbw und Bayerischem Staatsministerium für Gesundheit und Pflege zur Reha-Lage

Auf dem Reha-Gipfel am 16. September 2022 haben die vbw und Klaus Holetschek, dem bayerischen Staatsminister für Gesundheit und Pflege, mit Vertreter*innen von Reha- und Vorsorgekliniken, der Politik sowie der Kranken- und Rentenversicherung die angespannte Lage im Reha-Bereich diskutiert. In einer gemeinsamen Erklärung wurden drei Schwerpunkte identifiziert, um Reha- und Vorsorgekliniken gezielt zu unterstützen.

Gemeinsame Erklärung zum freien und nachhaltigen Warenverkehr über die Brennerroute

Die vbw und der Unternehmerverband Südtirol haben am 30. Mai 2022 eine gemeinsame Erklärung für zukunftsgerechte klima- und umweltgerechte Lösungen mit technologischen Innovationen unterzeichnet, damit Emissionen gesenkt werden können. Beide Verbände fordern, dass die Zulaufstrecken zum Brennerbasistunnel in Deutschland und Italien zügig realisiert und die verkehrsbeschränkenden Maßnahmen in Tirol beendet werden.



Ministerpräsident Dr. Markus Söder MdL, vbw Hautgeschäftsführer Bertram Brossardt und vbw Präsident Wolfram Hatz bei der Talkrunde auf der 13. Bayerischen Wirtschaftsnacht



500 Gäste aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft genossen in stimmungsvoller Atmosphäre den lauen Sommerabend mit interessanten Gesprächen und bayerischer Kulinarik.



Kabarettist Bruno Jonas brachte mit einem Auszug aus seinem Programm „Meine Rede“ das Publikum zum Nachdenken und zum Lachen.

13. Bayerische Wirtschaftsnacht

Nach zweijähriger Corona-Pause konnte die Bayerische Wirtschaftsnacht am 18. Juli 2022 wieder stattfinden. Dort hat Präsident Wolfram Hatz das Zusammenstehen und die vertrauensvolle Zusammenarbeit von Politik und Wirtschaft gewürdigt. „Seit der letzten Wirtschaftsnacht 2019 befinden wir uns im Krisen-Modus: Corona, gestörte Lieferketten, Krieg, Energieunsicherheit und Inflation gingen und gehen an die Substanz des deutschen Wirtschafts-

modells, der multilateralen Weltordnung und der Einwohner in unserem Land. Nur im Schulterschluss mit der Politik werden wir Erfolg für unser Land und unsere bayerische Heimat haben“, sagte Hatz in Anwesenheit von Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder, vielen Mitgliedern des bayerischen Kabinetts und rund 500 weiteren Gästen auf der Galopprennbahn in Riem bei München.



Auftritt des vbw Festivalorchesters mit Violinistin Julia Fischer beim Festival der Nationen

Am 24. September spielten Nachwuchsmusiker*innen im Alter von elf bis siebzehn Jahren mit der deutschen Geigerin Julia Fischer in Bad Wörishofen Werke von Sibelius, Mendelssohn Bartholdy und Dvořák. In den Vorjahren trat das Orchester bereits mit Fazil Say, Igor Levit, David Garret und Alice Sara Ott auf.

vbw Medientreff

Auf Einladung von vbw Präsident Wolfram Hatz und vbw Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt kamen fast 100 Journalist*innen am 20. September zum vbw Medientreff 2022. In seiner Rede ging Hatz auf die aktuellen massiven Herausforderungen für die Wirtschaft ein: „Beim letzten Medientreff 2019 war unsere Welt noch eine andere: Der Mix an Krisen, die im Moment gleichzeitig und mit großer Macht über uns hereinbrechen – Auswirkungen des Ukraine-Krieges, Pandemiefolgen, Energieversorgung und -preise, Lieferkettenprobleme, Inflation, Arbeitskräftemangel – stellt eine nie dagewesene Situation dar.“ Mit Blick auf Transformation, Digitalisierung und Klimaneutralität sprach sich Hatz dafür aus, alles zu vermeiden, was der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen schadet. „Nur eine funktionierende und wettbewerbsfähige Wirtschaft kann die notwendigen Investitionen erwirtschaften.“



In den Medien

Die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. steuert auf ein aufmerksamkeitsstarkes Gesamtjahr 2022 mit einem neuen Rekordwert an Presse-Berichterstattung zu. In der Medienlandschaft und damit in der Öffentlichkeit gehört und wahrgenommen zu werden, unterstreicht die Bedeutung der vbw als Stimme der Bayerischen Wirtschaft in Zeiten multipler Krisen. So summieren sich die Belege bis einschließlich Oktober auf allen Kanälen – von Print über Online und Hörfunk bis Fernsehen – auf rund 11.000. Dazu kommen bis Ende Oktober 265 Pressemitteilungen und 39 zentrale und regionale Pressekonferenzen.

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und seine katastrophalen Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft bestimmten die mediale Berichterstattung in den vergangenen Monaten. Die vbw warnte vor einer Rezession aufgrund von Inflation und explodierenden Energiepreisen, Lieferengpässen und akutem Rohstoff-, Material-

und Arbeitskräftemangel. Damit erreichte sie mit ihren deutlichen Worten die Leitmedien. Die Süddeutsche Zeitung titelte „Metallfirmen sehen sich durch Krieg bedroht“, „So eine Krise war noch nie da!“ und „Rezession auch 2024“. Der Münchner Merkur „Bayerns Wirtschaft fürchtet um die Existenz“ und die Deutsche Presseagentur (dpa) „Das Gespenst der Deindustrialisierung“ berichteten ebenfalls über die Warnungen der vbw, die auch international im Le Figaro: „La grande panne de l'économie allemande“ beachtet wurden.

Unsere aufmerksamkeitsstärkste Studie des Jahres wurde von der Prognos AG erstellt. Sie untersuchte die „Folgen einer Lieferunterbrechung von russischem Gas für die deutsche Industrie“ und erreichte neben breiter bundesweiter Berichterstattung auch internationale Resonanz, zum Beispiel im englischen Sprachraum. So titelte die britische Times „Germans fearing a ‚nightmare winter‘ as Russia cuts gas“.

Die vbw setzte sich in einer viel beachteten Studie auch mit den „Geopolitische Herausforderungen und ihre Folgen für das deutsche Wirtschaftsmodell“ auseinander. Neben der dpa „Entkopplung von Autokraten kostet Wohlstand“ und Reuters „Ein Handelskrieg mit China kostet Deutschland sechsmal so viel wie Brexit“ berichtete auch die Agence France-Presse (afp) „Handelskrieg mit China käme Deutschland teuer zu stehen“ und zitierte Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt mit den Worten: „Entscheidend ist, dass wir im Außenhandel einseitige Abhängigkeiten vermeiden.“

Weitere Studien erschienen in der Augsburger Allgemeinen Zeitung („Standort Bayern überholt die USA“) zum internationalen Standortranking und in der PNP („Extended Reality: Hohes Potenzial für den Mittelstand“).

Anzahl der Belege
Januar bis Oktober 2022

11.796

Anzahl der Pressemitteilungen
Januar bis Oktober 2022

265

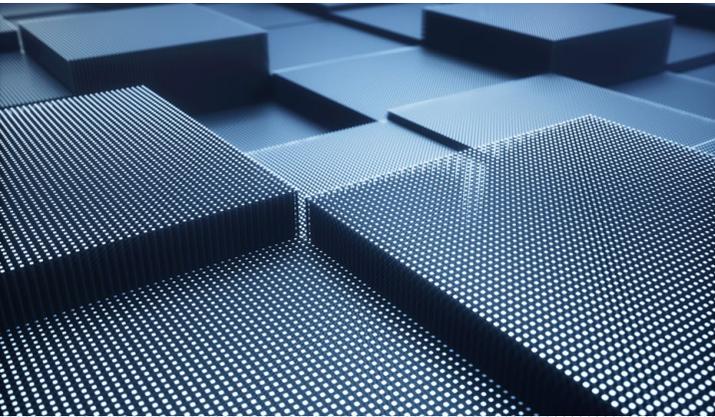


Bayern ehrt besondere Verdienste
Ministerpräsident Markus Söder verleiht 72 bayerische Verdienstorden – Festakt in Münchner Residenz

Rezession auch 2024?
Die bayernweit durchgeführten Erhebungen zeigen, dass die Rezession 2024 nicht ausgeschlossen ist.

Hohe Energiepreise gefährden Unternehmen
Die hohen Energiepreise gefährden die Existenz vieler Unternehmen.

1. Le Figaro, 13. Oktober 2022
2. Münchner Merkur, 08./09. Oktober 2022
3. Münchner Merkur, 08./09. Oktober 2022
4. Passauer Neue Presse, 14. Oktober 2022
5. Süddeutsche Zeitung, 18. August 2022
6. Süddeutsche Zeitung, 08. Oktober 2022



Aus den Regionen



Oberbayern

Zu aktuellen regionalen und überregionalen politischen Themen tauschten sich Thomas Benz, Vorsitzender der vbw Bezirksgruppe München-Oberbayern und Frank Eberle, stellvertretender Vorsitzender, bei einem Antrittsbesuch mit dem neuen Regierungspräsidenten von Oberbayern, Dr. Konrad Schober, und Regierungsvizepräsidentin Sabine Kahle-Sander aus. Im Mittelpunkt standen dabei Fragen der Infrastruktur und der Herausforderungen durch Corona-Krise und Ukraine-Krieg.



05. Oktober 2022

Austausch mit dem Präsidium der Regierung von Oberbayern

v. l. n. r.: Frank Eberle, stellvertretender Vorsitzender, vbw Bezirksgruppe München-Obb.; Thomas Benz, Vorsitzender, vbw Bezirksgruppe München-Obb.; Sabine Kahle-Sander, Regierungsvizepräsidentin; Dr. Konrad Schober, Regierungspräsident; Marc Hilgenfeld, Geschäftsführer, vbw Bezirksgruppe München-Obb.



04. Juli 2022

vbw Sommerempfang Niederbayern auf Burg Trausnitz

v. l. n. r.: Dr. Thomas Pröckl, Bezirksgruppenvorsitzender; Key Note Speaker Prof. Dr. Nils Goldschmidt, Universität Siegen; Dr. Jutta Krogull, Geschäftsführerin der vbw Bezirksgruppe Niederbayern; Wolfram Hatz, vbw Präsident

Niederbayern

Fachkräftemangel, Energiekrise und hohe Inflation belasten die niederbayerischen Unternehmen erheblich, insbesondere auch die für Ostbayern so wichtigen konsum-

nahen Bereiche wie Handel, Tourismus, Gastronomie und Freizeit. Bezirksgruppenvorsitzender Dr. Thomas Pröckl warb auf dem Sommerempfang der vbw Niederbayern dennoch für den Standort, der als exportorientierte Region vielleicht stärker betroffen ist als andere. In der Vergangenheit hat sich aber gezeigt, dass die ansässigen weltweit agierenden Unternehmen, vor allem aber auch die starken Mittelständler und Familienunternehmen vor Ort, enorm widerstandsfähig sind.



19. Mai 2022

Industriemeistertag Oberpfalz in Maxhütte-Haidhof

v. l. n. r.: Hermann Brandl, vbw Bezirksgruppe Oberpfalz; Rudolf Seidl, 1. Bürgermeister Maxhütte-Haidhof; Alexandra Strigl, bbw; Walter Moser, bfz

Oberpfalz

Der Fach- und Arbeitskräftemangel beeinträchtigt die weitere Erholung der Oberpfälzer Wirtschaft erheblich. Gastronomie, Dienstleistungs- und Gesundheitssektor sehen sich zur Einschränkung der Geschäftstätigkeit gezwungen. Explodierende Energiekosten und disruptive Lieferketten verunsichern ganze Wertschöpfungs-systeme. Gleichwohl investiert die Wirtschaft in die Aus- und Weiterbildung ihrer Mitarbeiter*innen. Die entspannte Coronalage wurde beim Industriemeistertag Oberpfalz gerne zu persönlichen Begegnungen genutzt.



27. September 2022

14. Arbeitgeberforum Oberfranken

v. l. n. r.: Patrick Püttner, Geschäftsführer, vbw Bezirksgruppe Oberfranken; Dr. Alexandra von Winning, Dozentin an der Goethe Universität Frankfurt am Main; Clemens Dereschkewitz, Geschäftsführer, Glen Dimplex Deutschland GmbH, Kulmbach

Oberfranken

Frühjahr und Sommer 2022 standen auch für die Geschäftsstelle Oberfranken ganz im Zeichen eines noch nie dagewesenen Mix aus schweren Krisen. Der Russland-Ukraine-Krieg, die Inflation und explodierende Energiepreise, der wahr gewordene Gas-Lieferstopp, Lieferengpässe und akuter Rohstoff-, Material- und Arbeitskräftemangel sowie die weiter schwelende Corona-Pandemie belasten Wirtschaft und Gesellschaft. Am 14. Arbeitgeberforum Oberfranken sprach Dr. Alexandra von Winning, Dozentin an der Goethe Universität in Frankfurt am Main, zum Thema *Die Professionalisierung von Corporate Social Responsibility in Theorie und Praxis*.



Harald Hubert
Vorsitzender
vbw-Bezirksgruppe Mittelfranken

Mittelfranken

Beim *Regionalen Pressegespräch* am 25. Mai 2022 warnte der Vorsitzende der vbw-Bezirksgruppe Mittelfranken, Harald Hubert, vor den Folgen einer Gasmangellage. 22 Prozent der Unternehmen im Freistaat müssten bei einer Nicht-Verfügbarkeit von Gas den Betrieb einstellen. „Wir stehen vor dem dauerhaften Verlust von industriellen Strukturen und damit von Wohlstand und müssen uns so schnell wie möglich unabhängig von russischen Gaslieferungen machen. Das ist die nachhaltige Lösung“, so Hubert abschließend.



11. Oktober 2022

29. Herbstgespräch Schwaben

Schwaben

Bei der gemeinsamen baymevbmvbw Vorstandssitzung im Juli in Oberjoch tauschten sich die Teilnehmer*innen zur aktuellen Konjunktur und Themen aus den unterschiedlichen Branchen aus. Als Gast begrüßten wir Dr. Arno Schimpf, Psychologe und Sportwissenschaftler, zu einem Impulsvortrag zum Thema Ressourcen-Reload.

Das 29. Herbstgespräch der Bezirksgruppe Schwaben fand dieses Jahr zum ersten Mal in hybrider Form statt. Prof. Dr. Nils Goldschmidt von der Universität Siegen analysierte, was getan werden kann, wenn das aus den Fugen gerät, was wir als selbstverständlich empfinden: Demokratie, Frieden, soziale Sicherheit und wirtschaftlicher Wohlstand.



21. Juni 2022

45. Zukunftsforum Unterfranken

v. l. n. r.: Michael Bischof, Geschäftsführer, vbw Bezirksgruppe Unterfranken; Prof. Dr. Klaus Schilling, Lehrstuhl Informatik VII, Universität Würzburg sowie Vorstand Forschungsinstitut Zentrum für Telematik, Würzburg; Dr. Sabine Jarothé, Ministerialdirektorin und Amtschefin, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, München; Wolfgang Fieber, vbw Vorsitzender Unterfranken; Dr.-Ing. Paola Breda, Projektleiterin, Hyimpulse GmbH, Neuenstadt a. Kocher; Dr. Rolf Densing, Director of Operations, Europäische Weltraumorganisation (ESA), Paris, sowie ESOC European Space Operations Centre, Darmstadt

Unterfranken

Die Arbeit war geprägt von Russland-Ukraine-Krieg, Energieversorgungssicherheit, Corona-Pandemie und Fachkräftemangel. Die wachsende Bedeutung der Luft- und Raumfahrt sowie der Satellitentechnik für Bayern war Thema des 45. Zukunftsforums – *Aus dem All für den Alltag* am 21. Juni 2022 in Würzburg. vbw Vorsitzender Wolfgang Fieber betonte, dass Bayern Schwerpunkte in der Satellitennavigation, Erdbeobachtung sowie Weltrauminfrastruktur und -forschung habe. Am 14. September 2022 wurde das 19. Wirtschaftsforum Mainfranken zum Thema *Warum brauchen wir eine Kreislaufwirtschaft?* zusammen mit der Region Mainfranken GmbH hybrid mit 120 Gästen in Grafenrheinfeld durchgeführt.

vbw Gremium

Präsident



Dipl.-Betriebswirt Wolfram Hatz
Vorsitzender des Beirats und Gesellschafter
Motorenfabrik Hatz GmbH & Co. KG,
Präsident vbw

Vizepräsident*innen

Bertram Brossardt

Hauptgeschäftsführer vbw – Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e.V., München

Dr. Michael Diederich

Sprecher des Vorstands HypoVereinsbank – UniCredit Bank AG,
München, Vorstandsvorsitzender Bayerischer Banken-
verband e.V.

Dipl.-Ing. Josef Geiger

Geschäftsführender Gesellschafter Wilhelm Geiger GmbH & Co. KG,
Präsident Bayerischer Bauindustrieverband e.V.

Stefan Grenzebach

Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V.

Dr. Christian Hartel

Mitglied des Vorstands Wacker Chemie AG,
Vorsitzender Verein der Bayerischen Chemischen Industrie e.V.
und Verband der Chemischen Industrie e.V., Landesverband Bayern
Mitglied im VCI Präsidium

Ilka Horstmeier

Personalvorständin und Arbeitsdirektorin,
Mitglied des Vorstands BMW AG

Ernst Läger

Persönlich haftender Gesellschafter Benno Marstaller KG,
Präsident Handelsverband Bayern e.V.

Dipl.-Ing. Christoph Leicher

Geschäftsführer Leicher Engineering GmbH, Präsident Landes-
verband Groß- und Außenhandel, Vertrieb und Dienstleistungen
Bayern e.V.

Dr. Markus Litpher

Mitglied des Vorstands Lechwerke AG, Vorsitzender AGV
Bayerischer Energieversorgungsunternehmen

Angeliqe Renkhoff-Mücke

Vorstandsvorsitzende WAREMA Renkhoff SE, Tarifverhandlungs-
führerin vbm, Mitglied im Präsidium und Vorstand vbm

Dr. Markus Rieß

Vorsitzender des Vorstands ERGO Group AG, Arbeitgeberverband
der Versicherungsunternehmen in Deutschland e.V.,
Mitglied des Vorstands Münchner Rückversicherung AG

Dr. Klaus-Peter Röhler

Vorstandsvorsitzender Allianz Deutschland AG, Arbeitgeberverband
der Versicherungsunternehmen in Deutschland e.V.

Dr. Christian Heinrich Sandler

Vorsitzender des Vorstands Sandler AG, Präsident Verband der
Bayerischen Textil- und Bekleidungsindustrie e.V.

Winfried Schaur

Vorstandsmitglied UPM, Geschäftsführer UPM Deutschland,
Präsident Verband DIE PAPIERINDUSTRIE e.V.

Erich Schulz

Geschäftsführer Erich Schulz GmbH & Co. KG,
Vorsitzender Unternehmerverband bayerisches Handwerk,
Vorstand / Landesinnungsminister Fachverband Sanitär,
Heizungs- und Klimatechnik Bayern

Hubert Schurkus

Vorsitzender des Vorstands Bildungswerk der Bayerischen
Wirtschaft (bbw) e.V.

Michael Schwarz

Zahnarzt, Präsident Verband Freier Berufe in Bayern e.V.

Stephanie Spinner-König

Managing Director Spinner GmbH, Vorsitzende ZVEI –
Zentralverband Elektrotechnik und Elektronikindustrie e.V.,
Landesstelle Bayern

Ehrenpräsidenten

Alfred Gaffal

Dr.-Ing. E. h. Eberhard von Kuenheim
Prof. Randolph Rodenstock

Das vollständige aktuelle Gremium
finden Sie unter folgendem Link:
www.vbw-bayern.de/presidium

Webcode
VBWGR

Stark für Bayern

Die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. ist die freiwillige, branchenübergreifende Interessenvereinigung der bayerischen Wirtschaft. Wir vertreten die gemeinsamen wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftspolitischen Interessen von 154 Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbänden sowie 48 Fördermitgliedern. So erhalten wir den Freiraum für wirtschaftliches Handeln und sichern gleichzeitig den sozialen Frieden.

www.vbw-bayern.de

Sie finden uns auch auf



Thematische
vbw Microsites

www.vbw-zukunftsrat.de
www.fks-plus.de
www.vbw-ida.de
www.regional-datenbank.de

Newsletter Vip
Verbandsinformation personalisiert

Exklusiv für unsere Mitglieder:
Wöchentlicher Überblick über alle Themen
und Positionen der vbw. Jetzt anmelden unter
www.vbw-bayern.de/vip

Ansprechpartner

Tobias Rademacher
Referent Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

T 089-551 78-399
tobias.rademacher@vbw-bayern.de

Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.

Herausgeber
vbw
Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.
Max-Joseph-Straße 5
80333 München
www.vbw-bayern.de

© vbw November 2022

Konzeption und Realisation
gr_consult gmbh
vbw@gr-consult.net

Bildnachweis
Istock: Seite 01, 03, 05, 06, 08, 09; Getty
Images: Seite 15, 17; alle anderen Bilder vbw
oder direkt gekennzeichnet
